

Annekathrin Grehling
Kämmerin der Stadt Aachen

Rede anlässlich der Einbringung des Haushalts 2010

16.12.2009

Herr Oberbürgermeister,
Meine Damen und Herren,

welchen Titel gibt man einem Haushaltsentwurf in diesen Tagen? Wir wollen ja immer ein Schlagwort finden, welches den roten Faden der Haushaltsplanung wiedergibt. Sie erinnern sich: „Konsolidierung muss sein“ oder „Gut aufgestellt für die Zukunft“, irgendetwas in dieser Art.

Nur: Unser roter Faden scheint sich mehr und mehr in der Form eines gordischen Knotens zu verheddern. Mit jedem Tag der Planung kam bei uns in der Finanzsteuerung das Gefühl auf: so muss es den Musikern auf der Titanic ergangen sein, als sie spielten und spielten, um sich und andere in das unvermeidliche Schicksal zu begleiten.

Aber das ist nicht unsere Aufgabe. Also haben wir getan, was wir tun können unter Rahmenbedingungen, die so wechselhaft sind wie das Wetter. Dabei gilt diese Aussage in zweierlei Hinsicht:

Erstens_ Auf Ihren Tischen liegt der erste NKF Haushalt in SAP Form. Ein neues IT-System, meine Damen und Herren, das ist nicht nur gut. Manche Tücke liegt im Detail und manchmal ist Technik eben nicht nur Freund, sondern beschert uns auch Probleme, die wir ohne sie nicht hätten.

Die Produktkonten geben Ihnen den zusammengefassten Überblick, so wie der Gesetzgeber es will. Weitere erforderliche Informationen wie Kostenstellen und/ Erläuterungen werden wir Ihnen darüber hinaus für die Einzelberatungen an die Hand geben, um das noch nicht komplexe System der Steuerung auf der Grundlage noch nicht ausgekleideter Ziele- und Kennzahlen zu ermöglichen.

Die Übersetzung der Daten von KIRP hinein in SAP bildet im übrigen ein Kapitel für sich. Ich will gar nicht erst zählen, wie oft die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Tausende von Buchungen wieder und wieder kontrolliert haben, ob sie wirklich übereinstimmen

Gleiches gilt für die Frage der Neuordnung unter dem Stichwort Städteregion. Produkte waren aufzulösen und neu zuzuordnen. Daraus folgt für Sie: Sie werden über die ein oder andere durchaus wichtige Position stolpern, z.B. im dicksten Bereich den Personalkosten. Rund 10 Mio € Verschiebungen in den städteregionalen Haushalt aus den übertragenen Produkten reduzieren den Personalansatz einerseits, werden aber im Ansatz Regionsumlage aufgesogen.

Die schwierigste Aufgabe bestand darin, Abgänge akkurat zu erfassen und sie andererseits mit einem spiegelbildlichen Zugang zu versehen. Die Erstellung des städteregionalen Modellhaushaltes hat uns dabei geholfen. Angesichts der Vielzahl unmittelbarer Verflechtungen war dies gleichwohl eine Sisyphusarbeit. Ihr Ausmaß kann man bei einer Gesamtumlage von ca. 152 Mio. € plus einer Ausgleichszahlung in Höhe von 2,9 Mio € erahnen.

Bis vor ungefähr 4 Wochen stand noch nicht fest, ob der eigentliche Haushaltsdruck über SAP ermöglicht werden könnte. Das bedeutet: Vergleichswerte aus 2009 mussten parallel aufbereitet werden. Parallel, das heißt: denjenigen die damit arbeiten, fehlen die eigenen Bezugswerte zur Kontrolle ihrer Buchungen bis zum Abschluss der Arbeit.

Sie haben sicher Verständnis dafür, dass ich angesichts dieser Tatsache, den gebotenen Dank an alle, die dabei geholfen haben, bereits an dieser Stelle ausspreche. Gleichzeitig hoffe ich, dass Sie, wenn Sie noch über irgendetwas stolpern, was sich nicht sofort erschließt, oder wenn wir noch nacharbeiten müssen, mit etwas Nachsicht zu Gange sein werden. Das, meine Damen und Herren, waren die nach innen gerichteten Probleme.

Jetzt zweitens zu den hinreichend bekannten äußeren Rahmenbedingungen: Hier gilt der Satz: Sicher ist nur, dass nichts sicher ist.

Wie oft sind wir mit dem Wort „Krise“ konfrontiert worden. Horrorszenarien wechseln mit maßvollen Beruhigungsmeldungen. Für den einen ist die Krise 2010 zu Ende, für den anderen nicht. Konjunkturpakete, die zusätzlichen Schub – auch für die Aufgabenerledigung der Kommunen – bedeuten, werden womöglich abgelöst von Wachstumsbeschleunigungsmaßnahmen, deren Zeche zumindest in weiten Teilen der letzte in der Kette, die Kommunen zahlen könnte.

Um es vorweg zu nehmen: Ich finde es gut, wie das Land NRW mit den Möglichkeiten des Konjunkturpaketes umgeht, und ich habe erfreut für die Stadt Aachen die diesjährige Konstanz der Schlüsselzuweisungen zur Kenntnis genommen.

Weitergehende Anmerkungen wie die des Landesinnenministers im Rahmen der eigenen Landeshaushaltsdebatte können allerdings keine Begeisterung bei mir auslösen.

Er mahnt die Kommunen zur Sparsamkeit und geht ganz offensichtlich immer noch von einem großen Potenzial aus, Aufgaben abzustößen oder effizienter zu gestalten und damit in erheblichem Maße Kosten zu senken.

Die Art dieser Mahnung, dies räume ich ein, scheint mir jedoch für sich gesehen schwer verdaulich.
Dazu einige Eckdaten zur allgemeinen Lage der Kommunen in NRW:

Nur vier Mitglieder des Städtetages in NRW (also regelmäßig Kommunen mit mehr als 100.000 EW) erreichten 2009 einen echten Haushaltsausgleich (oder sollen ihn erreichen). Mehr als ein Drittel dieser Mitgliedsstädte sind Haushaltssicherungskommunen. Fast 60% prognostizieren für das Haushaltsjahr 2010 in der Haushaltssicherung zu sein. Eine reale Gefahr der Überschuldung wird für die kommenden Jahre von nahezu jeder zweiten Mitgliedsstadt des Städtetages gesehen. Nur eine Stadt hat mitgeteilt, Ende 2009 voraussichtlich keine Liquiditätskredite mehr im Bestand zu haben. Sieben Städte werden wohl mehr als 500 Mio € Kassenkredite zum Jahresende ausweisen. Davon signalisieren vier Städte voraussichtlich mehr als 1 Mrd. € Kassenkredite auszuweisen.

Zwischendurch eine gute Nachricht: Die Stadt Aachen zählt nicht dazu!

Dennoch - auch unser Kassenkredit wird steigen. Und: das Ziel des ausgeglichenen Haushalts muss zurückgestellt werden. Unser Anliegen muss es sein, ein Mindestmaß an haushalterischer Handlungsfähigkeit zu wahren und durch diese Krise zu kommen, die für uns ganz sicher nicht 2010 zu Ende sein wird.

Und sicher müssen wir diesen geringen auch zeitlichen Spielraum der Haushaltsfähigkeit nutzen, um nach weiteren eigenen Konsolidierungsmöglichkeiten zu suchen. Aber: Es wird nicht gelingen neben den bisherigen Maßnahmen 30-40 Mio € kurzfristig zu stemmen und weiteren Kapitalverzehr zu verhindern.

Von den Kommunen wird qua Gesetz eine beständige Konsolidierung und das Streben nach Haushaltsausgleich erwartet. Das ist richtig und gut: Aber aufgrund der schrittweisen Effektverteilung über die öffentlichen Haushalte wird beim kommunalen Haushalt die Krise nicht vor 2012, wahrscheinlich erst 2013 überwunden worden sein, wenn die positiven Parameter stimmen. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir mit einem deutlichen Ertragsdefizit zu rechnen, dem wir nicht mit Aufwandsreduzierungen in gleichem Maße begegnen können.

Dies entspricht z.B. dem Votum der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums.

„In der mittleren Frist bis zu 2013 werden die Kommunen nach übereinstimmenden Schätzungen von Bund, Ländern und Kommunen Defizite in einer Größenordnung von insgesamt über 40 Mrd. € verzeichnen müssen. Der Kassenkredit der Kommunen droht bis 2013 auf eine bislang schier unvorstellbare Größe von 80 Mrd € heranzuwachsen. Selbst wenn 2013 die Steuereinnahmen wieder das Niveau des Jahres 2008 erreicht haben werden, werden die Finanzierungssalden weiterhin negativ sein und die jährlich neu hinzukommenden Defizite können nur langsam heruntergefahren werden.“

Dabei begründen diese höheren Defizite zusätzliche Konsolidierungslasten. Denn sie stehen für höhere Zinslasten, die erst einmal in besseren Zeiten hinwegkonsolidiert werden müssen, bis man wieder an den eigentlichen Effekt der wirklichen Haushaltsverbesserung heranreichen kann.

Tatsache ist: Nur eine dauerhafte gute Ertragslage der Kommunen kann eine nachhaltige Besserung bewirken. Ein kurzes Hoch wie 2007/2008 tut gut, verpufft aber bei dann fast doppelt so lang anmutenden Verschlechterungen.

Verdeutlichen mag diese Erkenntnis ein Blick auf 4 Zahlen der Haushalte der Stadt Aachen.

Im Jahre 2005 lag der Gewerbesteuerertrag bei ca. 130 Mio €. Das Defizit bei ca. 48 Mio €. Heute liegen der unterstellte Gewerbesteuerertrag 2010 bei 138 Mio € und das Defizit bei ca. 60 Mio. €. Und trotz der erfolgten Konsolidierungsbemühungen, trotz der Hohertragsjahre 2007/ 2008 konnte es nur gelingen, das Gesamtminus einzufrieren bzw. unsere Gesamtlage geringfügig zu verbessern, wie an dem im Vergleich der Städte noch guten Kassenkreditstand Ende des Jahres von ca. 220 Mio € erkennbar wird. Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums werden wir aber dauerhaft wahrscheinlich deutlichst jenseits der 300 Mio € Grenze liegen. Wir stehen also wieder an der Schwelle, die wir im Jahre 2005 bereits einmal überschreiten mussten.

100 Mio € mehr Kassenkredit würden Stand heute für etwa 500.000 Mehrbelastung an Zinsen stehen, Stand 2013 eher für 3 Mio € Zinslast pro Jahr. Das ist die neuerliche Konsolidierungslast, an der Sie nichts ändern können, wenn nicht entgegen aller Erwartungen ein früheres Hoch der Ertragslage oder aber ein millionenschweres neuerliches Konsolidierungsportal aufgetan wird.

Anders formuliert: Ich höre die Botschaft des Innenministeriums wohl, allein man muß die realen Belastungen und Herausforderungen und auch die Grenzen des Möglichen zur Kenntnis nehmen.

Ich darf an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass die Stadt Aachen bereits in einer der größten und beispielhaften Verbunds- und Kooperationsformen neu aufgestellt ist. Wir leben bereits die vom Innenminister beständig gewünschte öffentlich rechtliche Kooperation: die StädteRegion, ausgezeichnet mit dem Sonderpreis der NRW-Bank unter Schirmherrschaft des Innenministers selbst. Aber selbst diese mit enormen Kraftanstrengungen verbundene StädteRegion, die zugegebenermaßen nicht an vorderster Stelle aus Haushaltsgründen zu Stande gekommen ist, selbst diese StädteRegion eröffnet wie bekannt ein finanzielles Synergiepotenzial von maximal jährlich ca. 3,5 Mio € ab 2015 für die Region.

Natürlich ist es gut, dass wir begonnen haben, aber: Wenn ich diesen Effekt mit den Verlusten des Jahres 2009 und den erwarteten Verlusten 2010 vergleiche, will mir scheinen, reicht es nicht. Es reicht noch nicht einmal um die Steigerungen der Sozialhilfe aus einem Jahr zu bestreiten.

Auch das sind eben die Realitäten, jene dummen Dinge, die Henry Ford, der Automobilproduzent, wie folgt beschreibt: Hindernisse sind jene entsetzlichen Dinge, die wir sehen, wenn wir die Augen von unserem Ziel abwenden.

Nur gleichwohl wir müssen sie sehen, sowohl nach innen als auch nach außen gerichtet. Denn wir sind ja aufgerufen, sie zu überwinden, nicht über sie zu stolpern.

Natürlich heißt das nicht, wir sollten und dürfen auf die eigenen Chancen zur Konsolidierung verzichten. Das heißt auch nicht, wir dürften unsere eigene Pflicht zur Konsolidierung übergehen. Das heißt auch, wir können nicht einerseits die fehlende Finanzausstattung der Kommunen anprangern und gleichermaßen bestrebt sein,

dennoch alle an uns herangetragenen Aufgaben exakt so erfüllen wollen, als gäbe es diese auskömmliche Finanzausstattung, frei nach dem Motto:

Stell Dir vor, keiner hat Geld, aber stell dir vor, es merkt keiner. Es hieße die Quadratur des Kreises zu schaffen, wenn jeder darauf hinweist, es ist nicht genug Geld da, gleichwohl aber jeder den Anspruch erhebt, alle Leistungswünsche erfüllen zu können oder zu müssen.

Meine Damen und Herren,

wir Kommunen haben oft genug gedacht, wir könnten wie Friedrich der Große sagen: das Schlimmste ist geschafft. Der Berg ist überwunden.

Die Stadt Aachen war zwar noch nicht ganz dort angekommen. Dennoch: Auch ohne das NKF hatte sie den Schritt aus dem Nothaushalt heraus in die Haushaltssicherung geschafft und in die kommunale Handlungsfähigkeit.

Es ist dabei gelungen, das Leistungsportal zu bewahren, ja in Teilen haben wir auch den Aufgabenkatalog erweitert. Kinderbetreuung, Ganztagsangebote, Bürgerservice, städtebauliche Entwicklung, Wirtschaftsförderung etc. Eine Mischung von übertragenen Aufgaben und denen, die aus Sicht der kommunalen Entwicklung erforderlich sind

Der Gipfel des Haushalts schien erreicht oder erreichbar, jetzt erkennen wir, es war doch wieder nur einer in der Reihe einer Gebirgskette.

Wieder ist also der Moment gekommen, an dem wir daran arbeiten müssen, - haushalterisch gesehen, das Licht am Ende des Tunnels erkennen zu können. Und wir müssen dabei hoffen, dass dieses Licht am Ende des Tunnels nicht wieder nur eine Leuchttafel ist, auf der die Worte „Kein Ausgang“ geschrieben stehen.

Es bedarf nach alle dem gemeinsamer Anstrengungen:

Es bedarf einer gerechten Finanzverteilung.

Es bedarf einer verursachergerechten Finanzbelastung, Stichwort Konnexität auch in der Form der Korrektur alter falscher Zuweisungen. Die Kommune kann nicht die Lasten der Grundsicherung, sozialer Lasten allgemein und die Hauptlast der Kinderbetreuung tragen.

Es bedarf einer Aufgabenkritik ausgerichtet nach strategischen Leitbildern einer Kommune und auch einer Kritik der Aufgabengestaltung ohne Unterscheidung nach gesetzlich verpflichtigen und sogenannten freiwilligen Aufgaben.

Es bedarf einer umfassenden Nutzung eines zunehmend transparenteren Finanzsystems, das gleich, ob geliebt oder nicht, mehr und mehr Entscheidungsgrundlagen vermitteln wird.

Dabei ist ganz klar: Das Finanzsystem entscheidet nicht, ob eine Aufgabe wahrgenommen wird. Es macht nur deutlich, mit welchen Aufwendungen diese Aufgabe jetzt und in Zukunft verbunden sein wird. Die Entscheidung, ob sie gerade deshalb oder trotzdem erfüllt wird, obliegt dem Rat der Stadt; zumindest soweit wir in den engen Räumen des vorgelegten Finanzrahmens des Haushaltsentwurfs bleiben.

Dies sind seine Eckdaten:

Das Haushaltsjahr 2010 hat ein Gesamtvolumen laut Ergebnisrechnung von 726,8 Mio €.

Der jahresbezogene Fehlbedarf beträgt 60 Mio €.

Unter Berücksichtigung der hochgerechneten Ergebnisse des Jahres 2008 und 2009 wird auf Grund dieses Fehlbedarfes am Ende des Jahres die Ausgleichsrücklage - festgesetzt zum 31.12.2007 auf ca. 126 Mio € - nur noch einen Restbestand von 13,8 Mio € ausweisen.

Damit verschlechtert sich die Haushaltslage des Jahres 2010 gegenüber den bisherigen Planannahmen aus dem Vorjahr um ca. 35,5 Mio €.

Ursächlich hierfür ist insbesondere ein um ca. 17 Mio € reduzierter Ansatz der Gewerbesteuererträge gegenüber dem Planansatz 2009. Aber auch andere Erträge waren zu korrigieren, beispielhaft: Einkommenssteuer, Einnahmen aus der Besteuerung des Spielcasinos, reduziert auf einen Ansatz von ca. 1 Mio. Erträge aus der Geltendmachung von Rückforderungsansprüchen der wirtschaftlichen Jugendhilfe waren um ebenfalls 1 Mio € zu senken. Die Kostendeckung im Bereich des Friedhofswesens steht auf dem Spiel, auch hier sind 1 Mio € als Finanzrisiko zu beziffern.

Mehr Aufwendungen sind insbesondere im Bereich der Sozialhilfe zu nennen. Sie werden zwar im wesentlichen nicht mehr unmittelbar über den städtischen Haushalt abgebildet, nach der Verlagerung der Aufgaben auf die StädteRegion sind sie in unserem Haushalt über die Regionsumlage erfasst.

Wir haben das zu erwartende Defizit der StädteRegion, soweit es unserem ursächlichen Anteil entspricht, hier abgebildet mit einem Mehraufwand von ca. 7 Mio €.

Die Hilfe zur Erziehung wird auf der Grundlage des hochgerechneten Ergebnisses von 2009 - über die überplanmäßig erforderlichen Mehraufwendungen hier haben Sie bereits entschieden - mit einem steigenden Ansatz erfasst, was eine Verschlechterung von 1,5 Mio € bedeutet. Personalmehraufwendungen auf der Grundlage eines fortgeschriebenen erhöhten Tarifssockels nach den Maßgaben der Tarifentscheidungen des laufenden Jahres schlagen mit einem Plus von 5,6 Mio € zu Buche.

Dies sind nur die bedeutenden Verschlechterungen gegenüber den Vorjahresplanungen. Hinzu kommen jahresbezogene Positionen, die zwar nicht dauerhaft sind, aber unvermeidlich als konsumtive Aufwendungen für das kommende Jahr zu veranschlagen sind, wie etwa Aufwendungen im Rahmen der Umbauten route charlemagne, bedingt z.B. durch Umzüge und die Bewahrung der Qualität des Bürgerservices etc.

Fortgeschrieben in 2010 sind natürlich die bereits vorgegebene stetige Erweiterung des Betreuungsangebotes U3 sowie der Ganztagsbetreuung. Auch an der Realisierung der allgemeinen Beschlüsse zum ÖPNV-Angebot wurde festgehalten. Nicht übernommen wurden jedoch die noch in diesem Jahr bereits unter Haushaltsvorbehalt gefassten Beschlüsse, wie etwa zum Mobilitätsticket.

Bereits im Rahmen der entsprechenden Beratungen wurde eine zu erwartende haushalterische Belastung von ca. 250.000 € /Jahr dargelegt. Noch fehlt uns aber z.B. die Spitzberechnung der Belastungen durch den sog. City-Tarif. Insgesamt ist die Wirtschaftsplanung der ASEAG auch unter Berücksichtigung der beschlossenen

Linienweiterungen noch nicht abschließend, so dass hier einfach zu wenig Klarheit über die insgesamt zu erwartende Belastung aus diesem Bereich besteht. Es wäre aus unserer Sicht kaum zu verantworten, eine entsprechende Erweiterung bereits jetzt in den Haushaltsentwurf aufzunehmen.

Im übrigen gilt allgemein der Satz: weitergehende haushalterische Belastungen durch Mindererträge oder Ausschüttungen unserer Töchter bzw. deren erhöhter Zuschussbedarf, sind von der Haushaltsplanung ohne Gegendeckung nicht zu verkraften.

Natürlich haben und werden wir alle Möglichkeiten nutzen und auch gegebene Verbesserungen nicht außer Acht lassen, sei es die Minderung der Gewerbesteuerumlage, seien es weitergehende Berechnungen der Schlüsselzuweisungen in Ansehung des noch an die Kommunen auszuschüttenden Rückerstattungsbetrages Solidaritätsbeitrag, Verbesserungen in Bezug auf verschiedene Rückstellungspositionen etc.

Aber angesichts der Beträge, die ich eben nur im Wesentlichen genannt habe, liegt eine nicht zu vermeidende Verschlechterung des Haushalts gegenüber der bisherigen Planungen auf der Hand eine Verschlechterung noch mal in Höhe von ca. 35,5 Mio €. Und es ist nicht anzunehmen, dass es gelingt, dieses für 2010 festzustellende Defizit alsbald umzukehren. Daraus folgt, dass die Ausgleichsrücklage im Jahre 2011 aufgezehrt und das allgemeine Eigenkapital verringert wird.

Dafür sieht das Haushaltsrecht vor, dass nur dann weiterhin von einem anzeigepflichtigen Haushalt 2010 auszugehen ist, wenn es gelingt, diesen Eigenkapitalverzehr auf unter 5% in zwei aufeinander folgenden Jahren innerhalb des Finanzplanungszeitraums zu halten.

Dies gelingt, aber nur mit erheblichen Anstrengungen. Im Jahre 2011 wird der Verzehr Dank des Restes der Ausgleichsrücklage bei 4,54% liegen, 2012 bei 5,72%, 2013 bei 4,41 %. Der Bestand der allgemeinen Rücklage wird dann über die Jahre von ca. 962 Mio € auf knapp 828 Mio € gesunken sein.

Wenn ich von erheblichen Anstrengungen rede, bedeutet das, die Verwaltung hat davon abgesehen, die Daten des Jahres 2010 einfach fortzuschreiben. Der Haushaltsentwurf hat vielmehr unter Berücksichtigung des gemeinsamen Bekenntnisses zur Vorwegnahme eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes bzw. der Vorwegnahme einzelner Maßnahmen und weiterer Konsolidierungsbemühungen einzelne Zielvorgaben gesetzt, dies unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Wie gesagt: Die Krise kann in den kommunalen Haushalten ihr wirkliches Ende frühestens in 2013 finden.

Dies ist die logische Schlussfolgerung aus der immer jahresversetzten Weitergabe von Mindereinnahmen des Landes über die Verbundmasse. Dies ist die logische Schlussfolgerung aus dem Risiko weitergehender kommunaler Ertragsminderungen auf der Grundlage auch bundesgesetzlicher Regelungen.

Das bedeutet konkret für die Stadt Aachen: wir haben bis 2011 die Erträge aus der Gewerbe- und Einkommenssteuer festgeschrieben und dann erst maßvoll erhöht. Um die Frage vorwegzunehmen, es ist aus unserer Sicht nicht möglich, wirtschaftlich gefährdeten Unternehmen durch eine Erhöhung der Steuerlast, das wieder zu nehmen, was sie als Existenzsicherung gerade über die Anschubmaßnahmen des Konjunkturpaketes bekommen sollen. Die Steuererträge werden also nach unserer Planung erst 2013 wieder den ehemaligen Planstand 2009 erfahren. Eine entsprechende Zurückhaltung haben wir bei der Festsetzung der zu erwartenden Schlüsselzuweisungen geübt.

Als von uns zu beeinflussende Faktoren haben wir z.B. Restrukturierungserfolge im Friedhofswesen ab 2012 eingeplant, so dass hier eine Kostendeckung zu erreichen ist. Wir müssen alles daran setzen, weitere Gebührensteigerungen zu vermeiden, die das Ende des Lebens für die Hinterbliebenen auch noch finanziell unerträglich gestalten.

Die Personalkostensteigerung ist ab 2012 eingefroren. Die Verwaltung setzt darauf, dass dies durch eine von allen Seiten gewollte und umsetzbare Aufgabenkritik zu erreichen ist. Es soll keine Kündigungen geben oder etwa das Ende notwendiger Beförderungs- oder Leistungsmechanismen steht, sondern vielmehr eine aufgabenbezogene Personalentwicklung.

Auf der Grundlage der Kritik der Gemeindeprüfungsanstalt, der erheblichen Ausweitungen im präventiven Bereich sowie bereits begonnener interkommunaler Vergleiche und Restrukturierungsüberlegungen wird auch das Anwachsen der Hilfen zur Erziehung ab 2012 nicht mehr übernommen.

Dies, meine Damen und Herren, sind Beispiele für die zielorientierten Leitlinien der mittelfristigen Planungen. Sie entsprechen aus unserer Sicht den unvermeidbaren Eingriffen, die im Wege einer Haushaltssicherung noch deutlicher als Forderung auf uns zukommen würden. Daneben tritt die ständige Kontrolle bereits verabschiedeter Konsolidierungsmaßnahmen, die wir weiterhin als zu erbringen veranschlagt haben.

Es ist aus unserer Sicht geboten, solche Zielvorgaben zu setzen, denn auch das ist Aufgabe einer Haushaltsplanung, zukünftige Handlungsfelder nicht nur im Sinne einer Aufgabensteigerung, sondern auch im Sinne eines beständigen Handlungsausgleichs zu finden.

Und bei all diesen Vorgaben sind wir auf Sie, den Rat, und Ihre Unterstützung in der Umsetzung angewiesen.

Das heißt auch Realitäten anzuerkennen, etwa im investiven Bereich. Investitionen galten sehr lange lediglich als Sorgenkind mit Blick auf die allgemeine Kreditlinie. Die Wahrung der Netto-Null-Verschuldung war das Zauberwort. Dann kam NKF und wir erkennen deutlicher als zuvor, dass der Streit um Folgekosten nicht nur ein theoretischer Merkposten ist.

Zinsen und Abschreibungen, Instandhaltungspauschalen etc. belasten die Ergebnisrechnung. Das tun sie im Planansatz nicht erst mit ihrer Realisierung, sondern mit dem eingeplanten Zeitpunkt ihrer Realisierung. Was früher nur der Hinweis für die Bürger war, ja ich will das bauen, ich will dieses und jenes Vorhaben realisieren, wird jetzt im Moment dieser Zusage zu einem faktischen Belastungsposten im Folgeaufwand. Das erfordert mehr noch als zuvor die Frage nicht nur nach dem Gewollten, sondern auch die Frage nach dem wirklich Möglichen. Was sagen uns die konkreten Planungsabläufe z.B. über die faktische Kassenwirksamkeit, über die faktische Realisierung?

Wir haben im Haushaltsentwurf eine Kreditgröße für Investitionen in Höhe von 18,8 Mio € eingeplant. Insgesamt geht es um Investitionen in einer Größenordnung von 75,9 Mio €. Diese gilt es zu verausgaben neben den bestehenden Haushaltsresten.

Dieses Gesamtvolumen ist schon eine beachtliche Größenordnung, die gestemmt werden will mit planenden Vorarbeiten, mit Verträgen, die ausgearbeitet werden wollen, Abstimmungsverfahren etc.

Natürlich gibt es prioritäre Bereiche, wie etwa die Realisierungen des Konjunkturpaketes und die Realisierung von schul- und bildungspolitischen Maßnahmen.

Und bei jeder weitergehenden Planung bitte ich zu beachten, dass soweit auch hier Gründe gesetzt werden, die ein Überschreiten der mittelfristigen Ergebnisplanung setzen: Im Rahmen einer Haushaltssicherung würde lt. Erlasslage die Investitionsgrenze automatisch auf 2/3 der Netto-Nulllinie gesenkt. Das heißt wir reden über Kredit zu finanzierende Maßnahmen nur noch in Höhe von 12 Mio €.

Mehr wollen, hieße weniger bekommen.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

die äußeren Faktoren stehen nicht auf Grün für eine bessere Haushaltswelt. Die Debatte um den städteregionalen Haushalt und das dortige Defizit zeigt uns, wir liegen richtig mit unseren Einplanungen. Vielleicht muss sogar noch die ein oder andere Million bewegt werden, wenn wir etwa an die Verteilungsberechnung der Schlüsselzuweisung in Ansehung der übertragenen Aufgaben – Stichwort Schulträgerschaft – denken. Die bisherige Berechnung des Landes beschert der Städteregion ein Minus von ca. 1 Mio €, das auch irgendwie ausgeglichen werden will, wenn nicht das Land hier eingreift.

Wir werden natürlich die Zeit der Haushaltsberatungen nutzen, um zu prüfen ob sich durch die Berücksichtigung von Sondererträgen oder Rechnungsergebnisverbesserungen ein Mehr an Spielraum ergibt. Natürlich aber auch, ob sich ein Mehr an Verschlechterung ergibt.

Beides werden wir in gewohnter Weise mit in die Beratungen des Rates einspeisen.

Der Haushaltsentwurf heute mag niemanden glücklich stimmen.

Aber er ist aus unserer Sicht eine stabile Beratungsgrundlage, die deutlich macht, wo unsere Hürden und unsere Möglichkeiten liegen.

Du musst nicht kämpfen, um zu siegen, so heißt es in einer alten Shaolin-Weisheit.

Wenn wir die haushalterische Herausforderung annehmen und bewältigen wollen, liegt darin viel Wahrheit. Die Vertreter der Stadt Aachen haben stets darum gerungen, zu gemeinschaftlichen Lösungen widerstreitender Interessen zu gelangen. Und ich hoffe, dass diese Notwendigkeit auch übergreifend gesehen wird. Es geht nur vordergründig um die Wahrung von Bundes- oder Länder oder kommunalen Interessen. Es geht um eine faire, von allen Seiten gleichermaßen zu tragende und tragbare Ausgestaltung und Verteilung fachlicher und finanzieller Aufgaben für uns alle.